

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Rußland/GUS
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Roland Götz

Russlands Ressourcen: Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse und die Außenbeziehungen

FG 5, 2006/02, März 2006

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Russlands Ressourcen: Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse und die Außenbeziehungen

(Vorläufige Fassung eines Beitrags zu einem SWP-Sammelband zu Ressourcenstaaten)

Rußland hat sich vom kleinen Moskauer Fürstenstaat zum flächengrößten Land der Erde und zum völkerbeherrschenden Imperium entwickelt, das für einige Jahrzehnte – zwischen dem Ende des zweiten Weltkrieges und dem Ende der Sowjetunion – Weltmachtanspruch erheben konnte.¹ Seine reiche Ausstattung mit Naturressourcen wie Wald, Wasserkraft und fossilen Energieträgern, aber auch sein Bevölkerungsreichtum, hat ihm den historischen Aufstieg ermöglicht. Gleichzeitig war Rußland bis in jüngste Zeit auch immer ein Militärstaat gewesen, der von einem keiner demokratischen Kontrolle unterliegenden Herrscher an der Staatsspitze (Zar, Generalsekretär, Präsident) repräsentiert und mit Hilfe einer teilweise ineffizienten, aber stets repressiven Bürokratie gelenkt wurde. Territoriale Expansion, bei gleichzeitiger Abschottung nach außen waren Grundzüge der russischen Geschichte.² Mit der Auflösung der UdSSR 1991 ist Rußland wieder auf seine vorimperiale Ausdehnung beschränkt worden. Es beansprucht jedoch weiterhin eine Vorherrschaft im postsowjetischen Raum.³

Rußlands war bis Anfang des 20. Jahrhunderts ein Agrarstaat mit wenigen industriellen Inseln (vor allem Moskau, St. Petersburg) geblieben. Neben Getreide gehörten Holz, Pelze, Gold und Kohle lange zu Rußlands hauptsächlichen Exportprodukten. Die Ölvorkommen am Kaspischen Meer, im Nordkaukasus und in der Wolgaregion dienten ab den dreißiger Jahren vor allem der Versorgung der eigenen Volkswirtschaft. Die gigantischen Öl- und Gasfelder Westsibiriens, die nach 1960 gefunden wurden, versorgten zunächst die eigenen Sowjetrepubliken und die dem Sowjetblock zugehörigen osteuropäischen Staaten. Nach dem Ende der Sowjetherrschaft orientierte sich die russische Öl- und Gaswirtschaft zu Anfang der neunziger

¹ Andreas Kappeler, Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte - Zerfall, München (Beck), 3. Aufl. 2001.

² Rußlands territoriale Expansion begann mit der Sicherung der Handelswege nach Süden zum Schwarzen Meer und nach Norden Richtung Ostseeküste. Dann folgten im 16. Jahrhundert der Vorstoß nach Osten zur endgültigen Abschüttelung der tatarischen Oberherrschaft und schließlich die vollständige Eroberung Sibiriens und sogar Nordamerikas, motiviert von Ressourcen wie Pelz und Edelsteine.² Seit dem 17. Jahrhundert wurden die Ukraine, Weißrußland und die baltischen Länder in das Russische Reich einbezogen, das sich hiermit zum Vielvölkerimperium wandelte. Erst im 19. Jahrhundert dehnte sich das Zarenreich über den Kaukasus nach Süden in das Gebiet des heutigen Georgiens, Armeniens und Aserbaidschans aus, ohne daß man damals von den Ölfeldern am Kaspischen Meer Kenntnis hatte. Auch die Eroberung Mittelasiens oder Finnlands war nicht in erster Linie ökonomisch, sondern eher strategisch motiviert gewesen. Nach dem ersten Weltkrieg erstand das neue Sowjetrußland zunächst ohne die westlichen und südlichen Randgebiete des imperialen Zarenreichs, konnte die Ukraine, Belarus, den Kaukasus und Mittelasien aber bald zurück gewinnen. Eine letzte territoriale Expansion erlebten Rußland bzw. die Sowjetunion 1945 durch die Westverlagerung ihrer Grenzen und den Wiederanschluß des Baltikums.

³ Olga Alexandrova/Roland Götz/Uwe Halbach (Hg.), Rußland und der postsowjetische Raum, Baden-Baden: Nomos, 2003.

Jahre jedoch auf den Export in den Westen um und konnte seither ihre Exporte dorthin kontinuierlich steigern. Nach der Ablösung der sowjetischen Planwirtschaft und der Einparteienherrschaft wurden wirtschaftliche Liberalisierung und eine demokratische Umgestaltung unter Jelzin nur unvollkommen verwirklicht. Unter Putin ist ab 2000 einerseits eine wirtschaftliche Konsolidierung, andererseits aber eine Restauration obrigkeitstaatlicher Verhältnisse zu beobachten.

Rußlands Energieressourcen

Der Ressourcensektor⁴

Mit einem Anteil der Öl und Gas fördernden und verarbeitenden Sektoren von über 20% am Bruttoinlandsprodukt sowie einem Anteil der Rohstoffexporte von rund 60% an den Gesamtexporten weist Rußland Charakteristika eines "Ressourcenstaats" auf.⁵ Freilich unterscheidet es sich durch den hohen Anteil der im Inland verwendeten bzw. weiter verarbeiteten Naturressourcen (Erdöl: 40%, Erdgas: 60%, Kohle: 80%) deutlich von anderen reinen Rohstoffexportländern.

Russland ist zwar ein ressourcenreiches Land, aber kein typischer „Rentierstaat“, in dem der Export von Rohstoffen und die daraus erzielte "Rente" das gesellschaftliche und politische System weit überwiegend bestimmt.⁶

⁴ Im Folgenden wird nur unter dem Ressourcensektor nur die Erdöl- und Erdgaswirtschaft verstanden und von Kohle und Kernenergie sowie allen nichtenergetischen Ressourcen abgesehen.

⁵ Als Ressourcenstaaten werden Staaten bezeichnet, bei denen die Ressourcensektoren mehr als 10% des BIP und mehr als 40% der Exporte bestreiten, siehe Rudiger Ahrend, How to Sustain Growth in a Resource Based Economy? <www.unece.org/ead/sem/sem2005/papers>. Zum BIP-Anteil siehe Masaaki Kuboniwa u.a., How large is the oil and gas sector of Russia, in: Eurasian Geography and Economics, 1 (2005), S. 68-76, <www.ingentaconnect.com/content/bell/psg>. Während die amtliche russische Statistik für den Öl- und Gassektor für 2001 nur einen Anteil von 7% am BIP ausweist, werden dort die Handelsgewinne mit einbezogen, was für ihn einen Anteil von 21% ergibt.

⁶ Aurèlia Mañé Estrada/Carmen de la Cámara Arilla, Is Russia Drifting Toward an Oil-Rentier Economy? in: Eastern European Economics, (5) 2005, 46-73, hier S. 60 ff.

Karte 1: Ressourcenregionen



Die russischen Bodenschätze sind im Staatseigentum, für ihre Nutzung werden zeitlich befristete Lizenzen vergeben. Der russische Erdölsektor wird von privaten Unternehmen dominiert, die Anfang der neunziger Jahre aus der ehemaligen staatlichen Wirtschaftsverwaltung entstanden sind.⁷ Er unterscheidet sich damit deutlich von der in Staatsbesitz befindlichen Erdölwirtschaft in den nahöstlichen und den mittel- bzw. südamerikanischen Förderländern. Durch die Übernahme des Jukos-Hauptbetriebs Juganskneftegas durch Rosneft und den Transfer von Sibneft zu Gazprom hat sich 2005 der Staatseinfluß in der russischen Erdölwirtschaft auf rund 30 Prozent des Produktionspotentials verstärkt. Ausländische Firmen kamen, einschließlich des 50-prozentigen Anteils von BP an TNK-BP, auf einen Anteil von knapp 10 Prozent der Förderung.⁸ Die russische Erdölwirtschaft weist somit eine noch „gesunde“ Mischung von privaten, staatlichen und ausländischen Unternehmen auf, was ihrer Entwicklung förderlich sein dürfte. Das überbetriebliche Pipelinennetz ist dagegen (mit Ausnahme der aus Kasachstan kommenden CPC-Pipeline) im Besitz der staatlichen Transneft.⁹

Die russische Erdgaswirtschaft wird von der halbstaatlichen Gazprom dominiert, auf die rund 85% der russischen Erdgasförderung entfallen. Der russische Staat hat 2005 einen Anteil von

⁷ Roland Götz, Rußlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2004 (S 6/04), S. 9f, <www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=782>.

⁸ Interfax-Meldung vom 28.9.2005; siehe Johnson's Russia List, JRL 9258, <www.cdi.org/russia/johnson/9258-6.cfm>.

⁹ Das Caspian Pipeline Consortium (CPC) befindet sich zu 24% in russischem und zu 19% in kasachischem Staatsbesitz, der Rest gehört 9 privaten Eignern. Die 2001 fertiggestellte 1510 Kilometer lange Pipeline verläuft vom kasachischen Tengiz zum russischen Schwarzmeerhafen Novorossijsk, siehe <www.cpc.ru>.

38%, im tatsächlichen Eigentum von Ausländern sind 23-25% und im Eigentum von Inländern 13-15%.¹⁰ Daneben fördern Erdölunternehmen sowie weitere unabhängige Produzenten Erdgas. Von den russischen Gasreserven hält Gazprom die Lizenz für 55%, andere Produzenten 28%, der Rest ist noch nicht zugeteilt.¹¹ Die Hauptpipelines werden von einer Tochtergesellschaft von Gazprom kontrolliert, Gazprom ist daher der alleinige Exporteur von russischem Erdgas in Länder außerhalb der GUS. Die Preisgestaltung für Erdgas unterliegt im Inland der staatlichen Preiskontrolle, wobei die Absatzpreise nach Zonen und Verbrauchertypen (Industrie, kommunale Wirtschaft) gestaffelt sind. Sie sind derart niedrig angesetzt (2005: zwischen 20 und 40 \$ pro 1000 cm), daß der Inlandsabsatz (zwei Drittel seiner Gasförderung) kaum rentabel ist. Der staatliche Einfluß auf die Gaswirtschaft macht sich neben der Regulierung der Inlandspreise auch darin bemerkbar, daß das Investitionsprogramm von Gazprom jährlich von der Regierung beschlossen wird. Gazprom erinnert mit seiner Rolle als Versorger der heimischen Volkswirtschaft einerseits noch an das ehemaligen Ministeriums für Gasindustrie, aus dem es entstanden ist, verhält sich aber andererseits zunehmend als international agierender Konzern, indem es etwa Aktiva im Ausland erwirbt und sich ausländischen Anteilseignern öffnet.

Die seit dem Ende der Sowjetzeit angestiegene Bedeutung der Rohstoffwirtschaft und hierin wiederum der Öl- und Gaswirtschaft für die russische Volkswirtschaft ist nicht einfach nur eine Konsequenz des Ressourcenreichtums Rußlands, sondern gleichzeitig eine Folge des Niedergangs der sonstigen Wirtschaftszweige, vor allem der Investitions- und Konsumgüterindustrien, die durch die mit der Wirtschaftstransformation verbundenen außenwirtschaftlichen Öffnung weitgehend der Importkonkurrenz zum Opfer fielen (Deindustrialisierung).¹² Ein nicht vorwiegend auf Ressourcen basiertes Wachstum, das etwa durch Entwicklung von Hochtechnologisektoren und modernen Dienstleistungsbranchen getragen wird, kann nur teilweise durch nationale Industriepolitik in Gang gebracht werden.¹³

Aufteilung der Renteneinnahmen zwischen Wirtschaft und Staat

Das politische System der Russischen Föderation, eine parlamentarische Demokratie mit starker Stellung des Präsidenten, entspricht zwar dem von Ländern wie Frankreich oder der USA, jedoch ist das Verhalten der politischen Akteure stark von der zaristischen bzw. sowjetischen Geschichte mit ihrer autoritären Prägung beeinflusst. Ansätze einer "Oligarchenherrschaft" wurden seit dem Amtsantritt Putins 2000 systematisch zurück gedrängt. Ausländisches Kapital ist heute weniger präsent als im ehemaligen zaristischen Russland, denn die russische Führung will ihm nur begrenzten Spielraum in den „strategischen“ Wirtschaftssektoren eröffnen, zu denen die Rohstoff-Förderung gehört.

¹⁰ Per Gesetz ist der Auslandsanteil noch auf 20% begrenzt, allerdings soll diese Grenze ab 2006 fallen und der russische Staat seinen Anteil auf 50% plus eine Aktie ausweiten. Allerdings hielten Ausländer über russische Firmen bereits einen Anteil von 23-25%, siehe Larisa *Slavinskaja*, *Legalizacija vladel'cev Gazproma*, in: *Neftegazovaja vertikal'*, 06.12.2005.

¹¹ *OECD*, *Economic Survey Russian Federation*, September 2004, S. 144.

¹² Der Grund für die geringe Konkurrenzfähigkeit der heimischen verarbeitenden Industrie war selbstverständlich nicht die außenwirtschaftliche Öffnung selbst, sondern die Abschottung dieser und anderer Wirtschaftssektoren von weltwirtschaftlichen Entwicklungen während der Sowjetzeit.

¹³ *András Köves*, *Oil and Economy. A Contribution to the Discussion of Russian Economic Development*, in: *Acta Oeconomica*, (4) 2005, S. 371-402.

Entsprechend der Eigentümerstruktur fällt der überwiegende Teil der Einnahmen aus der Ressourcennutzung privaten Eigentümern zu. An den Staat werden knapp 40% der Rente durch spezielle Steuern und Abgaben abgeführt. Dies geschieht vor allem durch die Steuer auf Bodenschätzeförderung,¹⁴ den Exportzoll auf Öl,¹⁵ sowie Gewinnsteuer.¹⁶ Die summierte Steuerbelastung der Wertschöpfung der Öl- und Gasbranche beträgt 2003 rund 37% gegenüber 30% im Jahr 2000. Die Steuerbelastung der sonstigen Industrie betrug 2003 28% gegenüber 39% im Jahr 2000. Diese Verschiebungen waren eine Folge der Senkung der allgemeinen Gewinnsteuer, bei gleichzeitiger Anhebung der speziellen Steuern auf die Gewinne im Öl- und Gassektor.¹⁷ Die Öl- und Gaswirtschaft wird bei hohem Ölpreis grundsätzlich höher besteuert als die sonstige Industrie, weil der "Übergewinn" abgeschöpft und in den Erdöl-Stabilisierungsfond abgeführt wird.¹⁸ Dieser dient dazu, Staatsausgaben im Falle eines Rückgangs des Welt-Erdölpreises und damit der Einnahmen aus dem Ölsektor zu finanzieren, aber auch der Rückzahlung von staatlichen Auslandsschulden. 2005 wurde daraus auch das Defizit des staatlichen Pensionsfonds finanziert.

Licht- und Schattenseiten des Ressourcenreichtums

Makroökonomische Stabilität und institutionelle Pathologien

Durch den seit 1999 zu beobachtenden Ölpreisanstieg erhöhten sich die Einnahmen der russischen Unternehmen aus Ölexporten erheblich, wodurch auch die daraus resultierenden Staatseinnahmen deutlich anstiegen. Das russische Staatsbudget schließt seither durchweg positiv ab und Rußland konnte Staatsschulden in Höhe von mehreren Mrd. US-\$ zurückzahlen. Seine makroökonomische Situation ist seither gefestigt: Die Handelsbilanz ist positiv, die Währungsreserven steigen, der Rubelkurs ist fest, die Wirtschaft wächst seit 1999 durchschnittlich um 5% pro Jahr. Die Arbeitslosigkeit ist in den industriellen Zentren gering, in abgelegenen Regionen jedoch sehr hoch. Zwar nehmen die privaten Konsumausgaben deutlich zu, doch ist die Einkommensverteilung weit ungleichmäßiger als in westlichen Ländern. Weite Bevölkerungskreise leben in Armut. Wegen des Aufwertungsdrucks gelingt es nicht, die Inflation in einen zweistelligen Bereich zu drücken, da der Zentralbank kaum Mittel zur Neutralisierung (Sterilisierung) des Devisenzustroms zur Verfügung stehen. Bei weiterhin hohem Ölpreis bestehen gute Aussichten für ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum. Dagegen hätte ein Absinken des Erdölpreises unter 15 \$ pro barrel wahrscheinlich eine Wirtschaftskrise zur Folge.

¹⁴ Die Steuer (nalog na dobyču poleznych iskopaemych, mineral extraction tax) wird auf die geförderte Menge von Öl und Gas in Abhängigkeit vom Ölpreis erhoben. Sie beträgt 22%, wenn der Ölpreis über 9 \$ pro barrel liegt. Siehe *International Monetary Fund*, IMF Country Report 05/377, S. 8, <<http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=18638.0>>.

¹⁵ Der Exportzoll auf Erdöl (export customs duty on oil) wird abhängig vom Ölpreis der Marke "Urals" erhoben. Bei einem Preis über 25 \$ pro barrel beträgt er 65%, siehe *International Monetary Fund*, ebenda.

¹⁶ Der Gewinnsteuersatz beträgt 24% auf den Nettogewinn.

¹⁷ A.A. *Vasil'eva*/E.T. *Gurvich*, The industry structure of the Russian Fiscal System, in: *Studies on Russian Economic Development*, 3 (200%), S. 292-303, <www.eeg.ru/downloads/publications/scientific/05-06-09-1-eng.pdf>.

¹⁸ In den Erdöl-Stabilisierungsfond (neftjanoj stabilizacionnyj fond) fließen Erlöse aus Ölexporten, soweit der Ölpreis 20 \$ pro barrel überschreitet und außerdem die nicht verausgabten Budgetüberschüsse.

In dem stark personalisierten Herrschaftssystem Rußlands kommt heute dem Vertrauen in den Präsidenten eine besondere Bedeutung für die Stabilität des Staates zu. Dieses Vertrauen genießt Putin erheblich mehr als noch Jelzin. Rußland ist noch weit von einer Demokratie entfernt, die durch Vertrauen in die demokratischen Institutionen gekennzeichnet ist, statt dessen wird das Regimevertrauen über die Person an der Spitze hergestellt.¹⁹

Da die Verbesserung der makroökonomischen Situation mit dem Amtsantritt Präsident Putins zusammenfiel, kann kaum entschieden werden, welchen Einfluß – neben dem Wechsel der Person an der Staatsspitze – die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation auf die Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse hatte. Im Unterschied zu manchen anderen Ressourcenstaaten scheint Rußland zumindest kurzfristig vom "Ölboom" Vorteile gehabt zu haben; seine inneren Verhältnisse sind davon nicht auffällig zerrüttet worden.²⁰

Korruption

Unter den negativen Folgen der Ressourcenabhängigkeit wird die Korruption oft an erster Stelle genannt. Korruption ist in Rußland ein altes Übel. Es gab sie bereits in der Zarenzeit und sogar im totalitären Sowjetsystem und sie ist – trotz aller Reformversuche – auch unter Putin allgegenwärtig.²¹ Nach dem Ende des Sowjetsystems wurde die "soziale" Korruption (die eng mit Familienbeziehungen und anderen Personennetzwerken verbunden ist) durch die "wirtschaftliche" oder Markt-Korruption abgelöst, bei der von Unternehmen gegen Bestechung Vorteile von staatlichen Amtsträgern erhalten.²² Unter Putin scheint sich überdies sogar ein System der gegenseitigen Bestechung von Amtsträgern und öffentlichen Einrichtungen etabliert zu haben, wobei nicht unbedingt Geld, sondern anderweitige Vorteile ausgetauscht werden.²³ Die durch den Ressourcenboom erzielten hohen Einnahmen führten dazu, daß die gezahlten Summen entsprechend größer wurden. Nach russischen Untersuchungen hat das Gesamtausmaß der Korruption sich zwischen 2001 und 2005 vervierfacht. Die gesamten Korruptionszahlungen im kommerziellen Bereich sollen sogar von 33,5 Mrd. US-\$ im Jahr 2001 auf 316 Mrd. US-\$ im Jahr 2005 angestiegen sein. Die durchschnittliche Bestechungssumme im kommerziellen Bereich wuchs in diesem Zeitraum von 10.000 US-\$ auf 136.000 US-\$ an.²⁴

Die subjektive Wahrnehmung der Korruption in Rußland schwankt, wobei dies nicht unbedingt eine Änderung des Ausmaßes der Korruption selbst beuten muß. So wurde zum Amtsantritt Putins die Korruption weniger hoch bewertet, weil man mit ihm positive Veränderun-

¹⁹ Hans-Henning *Schröder*, What Kind of Political Regime Does Russia Have? in: Heiko Pleines (Hg.), How to Explain Russia's Post-Soviet Political and Economic System, Arbeitspapiere der Forschungsstelle Osteuropa Bremen, 69 (2005), <www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/index.php>.

²⁰ Dieser Befund bestätigt die Hypothese von B. Smith, wonach bestehende autoritäre Systeme durch Renteneinnahmen stabilisiert werden, vgl. Benjamin *Smith*, The Wrong Kind of Crisis: Why Oil Booms and Busts Rarely Lead to Authoritarian Breakdown, <<http://www.clas.ufl.edu/users/bbsmith/papers.htm>>

²¹ Kerstin *Holm*, Das korrupte Imperium, München: Hanser, 2003.

²² Petra *Stykov*, Der Fall Russland: Korruption als Kollateralschaden der Transformation? In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2 (2004), S. 247-262, hier S. 255, <www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/vierteljahreshefte/docs/papers/v_04_2_6.pdf>.

²³ Stykov spricht von „parochialer“ Korruption, a.a.O., S. 253 ff.

²⁴ Georgij *Satarov* (*Fond Indem*), Corruption Process in Russia: Level, Structure, Trends, <www.indem.ru/en/publicat/2005diag_engV.htm>

gen assoziierte. Der Index stieg dann wieder an, weil sich Enttäuschung mit Putins Politik und dem Ausbleiben von Reformen ausbreitete.²⁵

Dutch disease und resource curse

Die üppige Ausstattung Russlands mit Naturressourcen und insbesondere mit hochwertigen Energieträgern wirkt sich potentiell günstig auf den Wohlstand des Landes aus. Allerdings sind darauf, wie in anderen Ressourcenstaaten auch, negative ökonomische Erscheinungen zurück zu führen. Dazu zählt die hohe Anfälligkeit auf externe Störungen, die als „holländische Krankheit“ und „Ressourcenfluch“ etikettiert werden. Der Devisenzufluß in Höhe von rund 150 Milliarden Euro pro Jahr aus dem Öl- und Gasexport regt einerseits die russische Binnenkonjunktur an, sorgt aber andererseits für einen „starken“ Rubel, der Importe von Konsum- und Investitionsgütern verbilligt, so dass die konjunkturellen Impulse mehr den ausländischen als den inländischen Anbietern von Fertigwaren nützen. Umgekehrt werden die Exporte der verarbeitenden Industrie verteuert. Die Wettbewerbsfähigkeit der russischen verarbeitenden Industrie wird dadurch sowohl auf dem Binnenmarkt wie auch auf dem Weltmarkt untergraben. Gleichzeitig steigen die Preise für standortgebundene heimische Güter und Dienstleistungen (z.B. Wohnungspreise), die keinem Importdruck ausgesetzt sind. Zwar versucht der russische Staat, die Aufwertungs- und Inflationsgefahr aufzufangen, indem er den „Übergewinn“ aus dem Ölgeschäft abschöpft und nach norwegischem Vorbild in einem Stabilisierungsfonds zurücklegt, aber das gelingt nur in einem gewissen Umfang.²⁶ Seit dem jüngsten „Ölboom“ hat sich der Rubel stetig aufgewertet, und die Inflationsraten bewegen sich im zweistelligen Bereich. Um die heimische verarbeitende Industrie vor der Auslandskonkurrenz zu schützen, werden zwar protektionistische Maßnahmen diskutiert, allerdings bleibt die in Russland viel beschworene Idee einer nationalen Industriepolitik noch Stückwerk. Als industriepolitisches Mittel kann gelten, daß Gazprom aufgrund staatlicher Preisvorschriften seine Inlandspreise für Gas weit unterhalb des beim Export erzielbaren Preises und kaum kostendeckend ansetzen muß, was vor allem die Elektrizitätserzeugung in Gaskraftwerken und damit die stromintensive Aluminium- und Düngemittelindustrie begünstigt. In Gefahr sind allerdings weniger die Hersteller solcher Grundstoffe, sondern die inländischen Anbieter von Konsum- und Investitionsgütern, wie zum Beispiel der Kraftfahrzeugbau, die gegenüber der Auslandskonkurrenz qualitativ nicht wettbewerbsfähig sind und durch die Rubelaufwertung auch noch ihren Preisvorteil verlieren. Rußland wird somit, wie manche anderen Ressourcenstaaten, von der „holländischen Krankheit“ bzw. dem „Ressourcenfluch“ geplagt. Im Zusammenhang damit sind in Rußland "institutionelle Pathologien" wie "Rent-seeking" (Suche nach Einkommenserzielung aus der Verfügung über Naturressourcen) und Korruption zu beobachten, die zum Teil mit der Ressourcendominanz zusammen hängen, zum Teil jedoch auch als "Erbe" des Sowjetsystems zu betrachten sind.²⁷ Diese Faktoren bremsen seine Entwicklung zu

²⁵ Georgij *Satarov*, Korruption in Rußland, in: Rußlandanalysen der Forschungsstelle Osteuropa Bremen, 27 (2004), S. 2-7.

²⁶ In den Stabilisierungsfonds werden Einnahmen aus dem Ölexport abgeführt, sobald der Ölpreis über einer festgelegten Grenze liegt (2005: 20 US-Dollar pro Barrel).

²⁷ Rudiger *Ahrend*, How to sustain growth in a resource based economy? The main concepts and their application to the Russian case, (2005), <www.unece.org/ead/sem/sem2005/papers/ahrend.pdf>; Christophe *Cordonnier*, Russia: Natural Resource Rent and Competitiveness, Moskau: Russian-European Centre for Economic Policy, 2005 (RECEP Report 4/2004), <www.recep.ru/files/documents/A_quasi_rent_economy_en.pdf>. Zur Korruption in Rußland siehe Petra *Stykov*, Der Fall Rußland. Korruption als Kollateralscha-

einem modernen Industriestaat, während jedoch gleichzeitig durchaus „Wohlstandsinseln“ entstehen, in denen die Einkommen aus den Ressourcensektoren verausgabt werden oder Zulieferer der Öl- und Gasbranchen von deren Aufträgen profitieren. Die starke Orientierung der russischen Volkswirtschaft auf den Ressourcensektor mit all ihren Folgen ist gleichzeitig und kausal unentwirrbar Ursache und Folge des unterentwickelten institutionellen Gefüges von Rußlands Staat und Wirtschaft.²⁸

Ressourcen und Außenpolitik

Rußland führte in seiner Geschichte keine Kriege um Ressourcen, da es selbst damit überreichlich ausgestattet ist. Der Tschetschenienkrieg ging ebenfalls nicht um die Ölvorkommen Tschetscheniens oder die Pipelinetrassen vom Kaspischen Becken zum Schwarzen Meer. Es wurde allerdings gemutmaßt, daß die russische Hochrüstung der Breschnew-Zeit etwas mit der Entdeckung der gigantischen Öl- und Gasfelder Westsibiriens und den daraus erzielten Exporteinnahmen zu tun hatte. Nach 1999 waren das russische BIP sowie die Staatseinnahmen, bedingt durch den Mittelzufluß aus Öl- und Gasexporten, erheblich angestiegen. Die Rüstungsausgaben folgten diesem Trend, wobei ihr Anteil am BIP, der 1999 gemäß den Angaben der amtlichen Statistik 2,4% betragen hatte, Anfang des Jahrzehnts zunächst bis auf 2,8% anstieg und 2005 wieder auf 2,4% absank.²⁹

Rußland hat sich nach dem Ende des Sowjetsystems dem Westen zugewandt und eine bemerkenswert pragmatische Außenpolitik betrieben. Es hat die Nato-Ausdehnung nach Ostmitteleuropa, wenn auch widerwillig, akzeptiert und mit der Nato ein partnerschaftliches Verhältnis aufgebaut. Zäher gestaltet sich sein Rückzug aus dem postsowjetischen Raum: Hier kann man von einem "postimperialen Trauma" sprechen. Während Russland die offenen Grenzfragen mit China schnell regeln konnte, sind noch nicht alle Grenzfragen mit Estland und Lettland geklärt und das Thema der dortigen russischen Minderheiten ist virulent. Die Abwendung Georgiens und der Ukraine von Rußland wird in der russischen Öffentlichkeit und politischen Elite nicht verstanden bzw. in der Tradition stalinistischer Verschwörungstheorien als Folge westlicher Unterwanderung interpretiert. Rußland sieht sich als eigenständiges Machtzentrum und lehnt deswegen eine sehr enge Integration in die euroatlantischen Strukturen ab. Rußland ist wie der Westen an Stabilität in den internationalen Beziehungen interessiert, möchte diese aber eher durch eine klassische Politik des Mächtegleichgewichts bzw. der Gegenmachtbildung erreichen als durch eine Integration.

Die russische außenpolitische Orientierung hat in den neunziger Jahren gewisse Akzentverschiebungen erfahren. Das Grundmuster der pragmatischen Kooperation mit dem Westen ist zwar erhalten geblieben, doch werden seit der Amtszeit von Außenminister Primakow (1996 - 1999) und noch stärker unter Putin (ab 2000) russische Interessen wieder stärker betont. Im Verhältnis zu den GUS-Staaten beansprucht Russland eine Vormachtstellung bzw. die Rolle einer regionalen Führungsmacht. Gegenüber den westlichen Staaten verlangt es Anerkennung als gleichberechtigter Partner. In der russischen Außenpolitik ist somit ein Dualismus erkennbar: Dominanzstreben gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken, andererseits pragmati-

den der Transformation, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 2 (2004), S. 247-262, <[www.diw/deutsch/produkte/publikationen/vierteljahreshefte/docs/papers/v_04_2_6.pdf](http://www.diw.deutsch/produkte/publikationen/vierteljahreshefte/docs/papers/v_04_2_6.pdf)>.

²⁸ András Köves, Oil and Economy. A Contribution to the Discussion on Russian Economic Development, in: Acta Oeconomica, 4 (2005), S. 371-402.

²⁹ www.gks.ru; <www.eeg.ru/budget.html>.

sche Zurückhaltung gegenüber den als Handels- und Modernisierungspartnern geschätzten westlichen Ländern. Rußland orientiert sich zunehmend nach Europa, wobei die Beziehung zu Deutschland besondere Bedeutung beigemessen wird. Ebenso sucht es aber nach Bündnispartnern im Osten. Insgesamt kommt darin der Versuch der Gegenmachtbildung gegen die USA zum Ausdruck.³⁰

Das unter Putin gewachsene Selbstbewußtsein hängt auch mit der insgesamt positiven Wirtschaftsentwicklung zusammen, die wiederum wesentlich durch die Exporterfolge bei Rohstoffen ausgelöst und in Gang gehalten wurde. Der Rohstoffexportboom ermöglicht es Rußland, in der Außenpolitik mit mehr Selbstbewußtsein als in den neunziger Jahren aufzutreten, umgekehrt wird die Schwäche von Konkurrenten und Partnern – sei es die Schwäche der EU nach den gescheiterten Verfassungsreferenden, seien es die Mißerfolge der USA im Irak – auszunutzen versucht. Da der Rohstoffreichtum Rußland zu einem bedeutenden Welthandelspartner macht, muß es andererseits gute außenpolitische Beziehungen mit einer Vielzahl von Staaten pflegen und daher eine zwar interessenbetonte, aber nicht aggressive Außenpolitik betreiben. Zwar versucht Rußland sein Gewicht in regionalen Handelsstrukturen (Schanghai-Kooperations-Assoziation, Gemeinsamer Wirtschaftsraum in der GUS) zu wahren, strebt aber gleichzeitig die Mitgliedschaft in globalen Wirtschaftsstrukturen wie der WTO an.

Eignen sich Russlands Ressourcen als außenpolitisches Druckmittel?

Rußlands wirtschaftliches, militärisches und politisches Gewicht dominiert in seiner engeren Region, im Weltmaßstab aber hat es dagegen weniger Bedeutung. Entsprechend dazu dringt Rußland bei internationalen Abkommen auf Gleichbehandlung, während es in seiner unmittelbaren Umgebung, vor allem in den GUS-Staaten, sein wirtschaftliches und militärisches Übergewicht zur Geltung bringen möchte.

Das Exportpotential bei Erdöl und Erdgas scheint auf den ersten Blick Rußland Druckmittel gegenüber anderen Staaten in die Hand zu geben. Man denkt an die "Energieabhängigkeit" einer Reihe von Nachbarstaaten, die durch den "Energiehunger" von Schwellenländern wie China und Indien noch bedrohlicher werden zu scheint. Dabei werden aber wichtige Faktoren übersehen. Erstens sind Lieferbeziehungen keine einseitige Angelegenheit, denn Rußland ist seinerseits auf Absatzmärkte angewiesen und kann "Kunden" nicht ohne weiteres verprellen. Zweitens sind Abnehmerstaaten zum Teil auch Transitländer und haben gegenüber Rußland dadurch ebenfalls ein "Druckmittel". Der „Gasstreit“ zwischen der Ukraine und Rußland, der Anfang 2006 in einer kurzfristigen Unterbrechung der Gaslieferungen Rußlands an die Ukraine kulminierte, zeigte die begrenzten Handlungsmöglichkeiten beider Kontrahenten auf. Drittens ist das russische Potentialwachstum relativ gering. Russland wird nicht, wie etwa Saudi-Arabien, bei Erdöl die Rolle eines "Swing-producers" spielen können, der Förderengpässe anderer Länder ausgleichen könnte, da es über keine ungenutzten Kapazitäten verfügt. Es wird seinen Export von Erdöl und Erdölzeugnissen zwischen 2005 und 2025 im günstigsten Fall noch um rund 40% bzw. 130 Mio. t steigern können.³¹

³⁰ Hannes Adomeit, Putins Westpolitik: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, SWP-Studie S 8, April 2005, <www.swp-berlin.org>; Michael Bauer, Rußlands Außenpolitik. Zwischen neuer Großmacht-rhetorik und kooperativer Anpassung an begrenzte außenpolitische Optionen, in: Der Bürger im Staat, <www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/23_01/russland15.htm>.

³¹ Roland Götz, Rußlands Erdöl und der Welterdölmarkt. Trends und Prognosen, SWP-Studie S 40, Dezember 2005, S. 16 ff, <www.swp-berlin.org>.

Zentral für die Beurteilung des Spielraums Rußlands sind die vorhandenen Alternativen. Für Rußland gilt, daß es zum Energieträgerexport grundsätzlich keine Alternative hat, da seine Wirtschaft auf die entsprechenden Deviseneinnahmen angewiesen ist und einflußreiche Akteure an einer Fortsetzung der einträglichen Wirtschaftsbeziehungen hohes Interesse haben. Auch bei der Wahl seiner Wirtschaftspartner ist Rußland keineswegs frei. Der Hauptabsatzmarkt für sein Erdgas und Erdöl ist Europa, wohin rund 90% der Exporte fließen.

Karte 2: Gaspipelines Richtung Westen

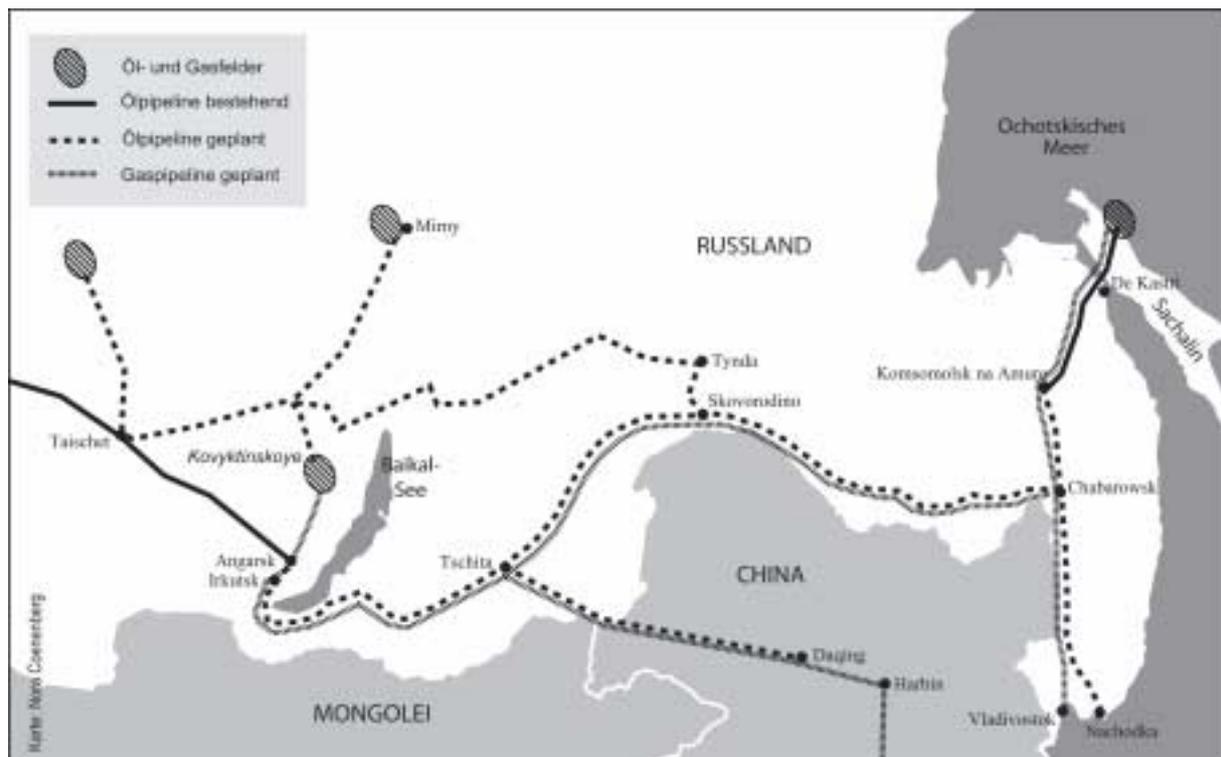


Karte 3: Erdölpipelines Richtung Westen



Europa wird auch in Zukunft der dominierende Markt für russische Energieträgerexporte bleiben. Bei Erdgas sind die Lieferbeziehungen bis auf weiteres (d.h. bis zur weitgehenden Ersetzung des Pipelinetransports durch Flüssiggastransport) durch das bestehende Pipeline-netz festgelegt, dessen Kapazität Richtung China/Pazifikküste künftig maximal 20% der gesamten Exportkapazität betragen wird.

Karte 4: Pipelines Richtung Osten



Bei Erdöl sind der Weltmarkt bzw. internationale Unternehmen die Abnehmer, was einer außenpolitischen Instrumentalisierung praktisch keinen Spielraum gibt. Energieträgerexporte bzw. deren Unterbrechung sind nur als außenpolitisches Druckmittel nur dann wirklich geeignet, wenn erstens die Menge gering ist, damit sie für die eigene Exportwirtschaft nicht sehr ins Gewicht fällt, zweitens das Abnehmerland aus geographischen Gründen keine oder nur geringe alternativen Versorgungsmöglichkeiten hat und es drittens als Transitland entbehrlich ist. Damit eröffnen sich entsprechende Möglichkeiten für Rußland in bestenfalls gegenüber Armenien, Georgien und Moldowa – aber auch diese Länder sehen sich bereits nach alternativen Lieferanten wie dem Iran um. Die Ukraine und Belarus haben als Transitländer für russisches Erdöl und Erdgas eine starke Verhandlungsposition. Andere mittelasiatischen GUS-Staaten sind entweder Selbstversorger bzw. selbst Exporteure von Energieträgern (Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan) oder können von benachbarten GUS-Staaten mit versorgt werden (Kirgistan, Tadschikistan). Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Türkei, Griechenland, Deutschland und andere EU-Staaten beziehen zwar einen erheblichen Anteil ihres Erdgases und Erdöls aus Rußland, jedoch könnte Rußland ihnen gegenüber seine Energieträgerexporte nicht wirklich als außenpolitisches Druckmittel einsetzen, weil sie sich dann nach anderen Lieferanten umorientieren würden und Rußland seinen Hauptabsatzmarkt verlieren würde. Die folgenden Tabellen zeigen für Erdgas und Erdöl die numerischen Abhängigkeitsverhältnisse auf:

Tabelle 1: Erdgaslieferungen Russlands 2004

	Import aus Russland Mrd. m³	Anteil am Verbrauch (%)	Anteil am Import (%)
Moldova	2,7	245,5	100,0
Serbien und Montenegro	2,3	100,0	100,0
Estland	0,9	100,0	100,0
Bulgarien	3,1	99,6	100,0
Finnland	4,3	99,2	100,0
Lettland	1,5	93,8	93,8
Litauen	2,9	93,2	93,5
Griechenland	2,2	90,0	80,0
Slowakei	5,8	85,6	79,5
Tschechien	6,8	76,5	69,4
Ungarn	9,3	71,5	84,9
Türkei	14,5	65,3	65,3
Australien	6,0	63,5	76,9
Belarus	10,2	55,3	51,5
Ukraine	34,3	48,5	50,4
Polen	6,3	47,6	69,2
Deutschland	37,3	43,4	40,6
Frankreich	13,3	29,8	29,8
Italien	21,6	29,5	35,2
Rumänien	4,1	21,8	69,5
Aserbaidshan	4,9		89,1
Armenien	1,3		
Georgien	1,2		

Quelle: Aleksej Krašakov, Rossija perekraivaet ekonmičeskiju kartu mira (Rußland schreibt die wirtschaftliche Weltkarte um), in: Nezavisimaja gazeta, 16.12.2005.

Tabelle 2: Erdöllieferungen Russlands 2004

Erdöl	Import aus Russ-land Mio. t	Anteil am Ver-brauch (%)	Anteil am Import (%)
Litauen	8,7	100,0	100,0
Lettland	1,9	100,0	100,0
Slowakien	5,6	98,8	99,2
Polen	17,2	98,3	99,4
Ukraine	19,1	90,6	100,0
Ungarn	5,3	79,7	100,0
Finnland	7,7	69,9	70,4
Tschechien	4,5	67,7	69,4
Kasachstan	3,2	53,3	100,0
Bulgarien	2,4	46,1	46,2
Kroatien	2,1	43,8	54,3
Schweiz	1,8	40,0	40,0
Rumänien	4,0	29,8	62,8
Deutschland	26,4	24,2	24,8
Australien	2,1	24,1	29,3
Italien	20,9	23,5	24,9
Niederlande	10,9	21,5	22,4
Schweiz	4,0	19,5	19,5
Türkei	3,6	13,6	15,1

Quelle: Wie Tabelle 1.

Russland und internationale Abkommen

Rußlands Haltung gegenüber internationalen Abkommen kann an den Beispielen der WTO, des Kyoto-Abkommens und der Energiecharta verdeutlicht werden, die sämtliche den Ressourcensektor berühren. Während der WTO-Beitritt auf Rußlands eigener Wunschliste stand, wollte die EU Rußland zur Zustimmung zum Kyoto-Protokoll und zur Ratifizierung der Energiecharta bewegen. Den Status einer Marktwirtschaft, der Voraussetzung zum WTO-Beitritt ist, hatten Rußland die USA 2001 (im Zusammenhang mit Rußlands Kooperation bei der Terrorismus-Bekämpfung) und die EU 2002 zugestanden.

Rußland strebte den Beitritt zur WTO nachdrücklich erst seit 2001 an, wobei die Diskussion über Vor- und Nachteile dieses Schritts im Lande zunächst ausgesprochen kontrovers verlief: Während das russische Wirtschaftsministerium auf die zu erwartende Aufhebung von Anti-Dumping-Maßnahmen nach einem WTO-Beitritt verwies, sorgten sich linke Duma-Kreise um die Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Industrie und lehnten einen baldigen WTO-Beitritt zunächst ab. Nach dem für die linken Parteien vernichtenden Ausgang der Parlamentswahl 2004 verstummte die innerrussische Kritik am WTO-Beitritt jedoch. Gegen die Zustimmung zum Kyoto-Protokoll leisteten der Putin-Berater Illiaronov sowie Teile des russischen Wissenschafts-Establishments mit dem Hinweis auf angeblich katastrophale Folgen für die russische Wirtschaft Widerstand. Die EU hingegen forderte als Gegenleistung zu ihrer Zustimmung zum WTO-Beitritt Rußlands unter anderem die Anhebung der staatlich niedrig festgesetzten russischen Binnenpreise für Erdgas, eine Liberalisierung des russischen Energiesektors sowie die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls. Nach mehreren Verhandlungsrunden

akzeptierte die EU schließlich den russischen WTO-Beitritt gegen eine sehr maßvolle und bis 2012 gestreckte Erhöhung der russischen Erdgaspreise und ließ ihre Forderungen nach Liberalisierung des russischen Energiemarktes gänzlich fallen.

Rußland hat seine Verhandlungsmacht im Zusammenhang mit dem WTO-Beitritt geschickt eingesetzt, indem es die EU in der Frage des Kyoto-Protokolls in Zugzwang brachte, weil dieses ohne Rußlands Zustimmung nicht hätte in Kraft treten können. Es mußte sich in der Kyoto-Frage andererseits nur zu einem formellen Zugeständnis bereit finden: Die Obergrenze für die bis 2012 erlaubten CO₂-Emissionen wurden für Rußland zu dem sehr günstigen, weil hohen Wert von 1990 festgelegt.³²

In der für die EU-Kommission offenbar nicht so wichtigen Frage des russischen Erdgas-Binnenpreises verhandelte die russische Seite ebenfalls erfolgreich, indem sie sich auf einen scheinbaren Kompromiß einließ, der jedoch bereits in der eigenen Energiestrategie enthalten war. Die ergänzende EU-Forderung nach Zerlegung von Gasprom in Förder- und Pipelinebetreibergesellschaften zog die EU selbst zurück.³³ Die russische Zustimmung zur Energiecharta wurde im Zusammenhang mit dem WTO-Beitritt nicht einmal eingefordert.³⁴

Rußland hat den Energiechartavertrag bis 2005, also 11 Jahre nach der Unterzeichnung, immer noch nicht ratifiziert, obwohl das Ratifizierungsverfahren bereits 1996 begonnen hatte.³⁵ Sehr rasch zeigte sich, daß die Interessen der europäischen Länder, die überwiegend Netto-Energieimporteure sind, und die – wahren oder auch nur eingebildeten – Interessen Rußlands als dem hauptsächlichem Exporteur von Energieträgern, nicht problemlos unter einen Hut zu bringen waren. In Rußland befürchten breite Kreise den „Ausverkauf“ der Reichtümer des Landes und eine Besitzergreifung westlicher Konzerne. Man glaubt nicht, daß die durch den Energiechartavertrag angestrebte marktwirtschaftliche Grundverfassung im Energiebereich wirklich zum beiderseitigen Vorteil geraten würde. Insbesondere gibt es erhebliche Vorbehalte dagegen, in- und ausländische Unternehmen bei der Erteilung von Förderlizenzen und beim Zugang zum Pipelinetz gleich zu behandeln.

³² Der Erdgaspreis für industrielle Verbraucher wurde von 27-28 \$ pro 1000 cm (2004) auf 37-42\$ (2005) und schließlich auf 49-57 \$ (2010) angehoben, was so auch bereits in der russischen Energiestrategie von 2003 vorgesehen war. Er soll die Kosten einschließlich Gewinnzuschlag der Förderung sowie Investitionskosten für neue Felder abdecken, dürfte jedoch zu niedrig angesetzt sein.

³³ Zu den Verhandlungsergebnissen siehe die EU-Publikation <www.euractiv.com/Article?tcaturi=tcm:29-117985-16&type=News>.

³⁴ Der Energiechartavertrag soll keine nationale Energiepolitik ersetzen. Die nationale Souveränität eines ihm beitretenden Landes über seine Energieressourcen soll gewahrt bleiben, was einschließt, daß Fördergebiete und Energieunternehmen in staatlichem Eigentum bleiben können. Als überragendes Ziel des Energiechartaprozesses bzw. des Energiechartavertrags kann man die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen in die vormals staatlich regulierten Energiesektoren der osteuropäischen und postsowjetischen Volkswirtschaften und damit die Herstellung eines gesamteuropäischen Energiemarkts verstehen, der die bestmögliche Verwertung des Ressourcenpotentials ermöglicht. Dies schließt die Gleichbehandlung (Nichtdiskriminierung) nicht nur von Handelspartnern, sondern auch von Investoren ein.

³⁵ Daneben fehlt auch noch die Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten Australien, Norwegen, Island und Belarus, während die USA und Kanada bereits die Unterzeichnung des Energiechartavertrags verweigert hatten. Von Belarus abgesehen handelt es sich bei Staaten, die die Energiecharta nicht ratifiziert haben (Rußland, Australien und Norwegen) um rohstoffreiche Länder, die ihre entsprechenden Wirtschaftsbereiche nicht den marktwirtschaftlichen Regeln unterwerfen wollen, die der Energiechartavertrag beinhaltet.

Der Streit mit Rußland geht im Wesentlichen um Gaspipelines und hierbei darum, zu welchen Bedingungen zentralasiatische GUS-Staaten ihr Erdgas durch russische Pipelines auf den europäischen Markt leiten könnten. Nach Ansicht der russischen Opponenten des Transitprotokolls müßten diesen Staaten bzw. den dort ansässigen ausländischen Konzernen die niedrigen russischen Binnentarife angeboten werden, wodurch sie russisches Gas aus Sibirien unterbieten könnten. Statt dessen befürworten Gazprom und starke Kräfte der russischen Führung statt der Gewährung von Transitlieferungen den Ankauf bzw. Weiterverkauf des Gases durch Gazprom im Rahmen langfristiger Lieferabkommen mit zentralasiatischen Gasproduzenten.³⁶ Die Monopolstellung von Gazprom auf dem Binnenmarkt wie auf dem europäischen Exportmarkt soll unangetastet bleiben. Dazu paßt die Idee einer – von Putin ins Spiel gebrachten – Gas-Opec, die großen Gasproduzenten der GUS und möglicherweise auch von Ländern wie Algerien und Iran umfassen soll. Für eine Durchsetzung der EU-Forderung nach Ratifizierung des Energiechartavertrags samt Transitprotokoll fehlen der EU offenbar die Hebel, nachdem sie ihr Faustpfand WTO-Beitritt im Gegenzug gegen Russlands Unterschrift unter das Kyoto-Protokoll bereits aus der Hand gegeben hat. Rußland kann außerdem darauf verweisen, daß ja auch die USA sich von der Energiecharta distanziert haben. Der eigentliche Grund für die Weigerung Rußlands dürfte jedoch in der Abneigung der etablierten russischen Konzerne des Energiesektors zu suchen sein, transparente und diskriminierungsfreie Bedingungen zuzulassen, die ihre Marktstellung untergraben könnten.

Vor allem Gazprom, der Nahezu-Monopolist auf dem russischen Gasmarkt, verfolgt offensichtlich eine Strategie der Ausschaltung von Wettbewerb und der Beherrschung der Gastransportwege im GUS-Raum. Auf dem russischen Binnenmarkt zwingt der russische Staat aus industrie- und sozialpolitischen Gründen Gazprom zu nicht kostendeckenden Absatzpreisen, was wiederum den Marktzutritt von Konkurrenten (Ölgesellschaften, die Gas erzeugen sowie unabhängige Gasproduzenten) weitgehend verhindert. Gleichzeitig und als Kompensation dafür überläßt der Staat Gazprom das Transport- und Exportmonopol für Erdgas in und aus Rußland.

Wie geht das Ausland mit Rußland um?

Die EU hat gegenüber Russland in den Fragen WTO-Beitritt und Kyoto-Protokoll sehr zurückhaltend taktiert. Dies dürfte nicht auf übergroßen Respekt vor der "Energiesupermacht" Russland zurückzuführen sein, sondern in erster Linie auf die wenig effektive Verhandlungsstrategie der EU, die Russlands Zustimmung zu Kyoto allen anderen Zielen überordnete.

Als weiteres Beispiel für den Umgang mit der "Energiesupermacht" Rußland kann die deutsche Rußlandpolitik dienen. Einerseits betont das offizielle Berlin die guten und ausbaufähigen Beziehungen zu Rußland, die man in Richtung einer strategischen Partnerschaft entwickeln möchte, andererseits wurde und wird von verschiedenen Gruppierungen, am vernehmlichsten von der jeweiligen Opposition, aber auch innerhalb der Regierungsparteien und in den Medien oft Kritik an Rußland geübt. Die Hauptthemen sind dabei der Tschetschenienkrieg, die autoritären Verhältnisse unter Putin sowie der Umgang Rußlands mit seinen GUS-Nachbarn. Diese Muster einer rußlandkritisch auftretenden Gesellschaft und Opposition, die die jeweilige Regierung wegen ihrer zu weit gehenden Rußlandfreundlichkeit anprangert, läßt

³⁶ Der Vorsitzende des Duma-Komitees für Energetik, Transport und Nachrichtenwesen Valerij Jazev hat hierzu eine klare Haltung: Der Energiechartavertrag samt seinem Transitprotokoll ist für Rußland unnütz, vgl. Valerij Jazev: *The Energy Charter's Transit Impasse*, in: *Neftegazovaja vertikal'*, 4/2002.

sich seit den neunziger Jahren über alle Legislaturperioden und Regierungskonstellationen hinweg beobachten. Für die deutsche, wenn nicht die westliche Diskussion überhaupt ist überdies eine erhebliche Differenz zwischen "rußlandkritischer" öffentlicher Meinung und "rußlandfreundlichen" öffentlichen Stellungnahmen der Geschäftswelt konstatieren. Dabei ist zu beobachten, daß Unternehmen es grundsätzlich vermeiden, negativ aufzufassende Aussagen über das Land zu machen, in denen sie tätig sind. Die vergleichsweise geringe Energieabhängigkeit Deutschlands von Rußland (gemessen an Verhältnissen in osteuropäischen Ländern) wird teilweise übertrieben dramatisiert, teilweise als Zwang zur Kooperation mit Rußland "koste was es wolle" aufgefaßt. Bei nüchterner Betrachtung hat Rußland jedoch gegenüber seinem größten Handelspartner Deutschland kein Erpressungspotential, wie umgekehrt auch Deutschland auf zumindest pragmatisch positive Beziehungen zu Rußland angewiesen ist.

Manche westliche Beobachter sehen in der neuen Entwicklungsphase der russischen Volkswirtschaft seit 2000 gleichzeitig eine neue Qualität der Beziehungen Russlands zu seinen Nachbarländern und vor allem zum Westen entstehen. Sie meinen, daß Russland künftig als Energiegroßmacht eine neue Rolle in der Weltpolitik spielen und das russische Imperium in neuer Gestalt wieder auferstehen würde. Russland könnte zu diesem Zweck die GUS-Staaten wieder unter seine Kontrolle bringen, sich von dem westliche Werte einfordernden Europa abwenden und mit China ein strategisches Bündnis gegen den Westen eingehen. Die Energiesicherheit der von Russlands Energielieferungen abhängigen westlichen Länder wäre bedroht. Europa werde mit den USA und Asien um Russlands Energieressourcen konkurrieren müssen und könnte dabei unterliegen.³⁷

Es verwundert nicht, daß in Kreisen des russischen Establishments gerne von der Energiegroßmacht Russlands geträumt wird. Schon eher erstaunt, daß diese Spekulationen von westlichen Beobachtern begierig aufgegriffen und als Tatsachen hingestellt werden. Alle diese Erwartungen und Befürchtungen überschätzen das Potential Russlands erheblich und unterschätzen gleichzeitig die faktischen Gegebenheiten, die Russland an Europa und den Westen binden. Unterschätzt wird ebenfalls, daß die GUS-Staaten, die selbst über Energieressourcen verfügen, eine zunehmend selbständige Rolle spielen und sich russischem Vormachtstreben nicht unterordnen werden. Zu einer völligen energiepolitischen Hinwendung Russlands zu Asien wird es ebenfalls nicht kommen, da der weit überwiegende Teil der russischen Energieexporte auf Grund der bestehenden Transportinfrastruktur auch in Zukunft Richtung Westen gehen wird, während die noch zu bauenden Pipelines Richtung Osten maximal ein Viertel der russischen Erdöl- und Erdgasexporte aufnehmen werden.³⁸ Ein geopolitisches Drama – ein Great Game um die russischen Ressourcen – steht also nicht auf dem Spielplan der Weltpolitik. Entsprechend gelassen sollte die deutsche Politik reagieren und mit Russland umgehen.

³⁷ Siehe z.B. Daniel *Twining*, Putin's Power Politics, in: The Weekly Standard, 17/2006, 16.01. 2006, www.weeklystandard.com; Alexander *Rahr*, Die neue OPEC. Wie Russland zur globalen Energie-Supermacht werden will, in: Internationale Politik, 2/2006, S. 15-23, www.internationalepolitik.de.

³⁸ Der Hauptlieferant Chinas und Südostasiens bei Erdöl wird der Nahe Osten bleiben, auch wenn die Pipeline aus Russland in Betrieb gehen wird. Erdgas wird China zukünftig teilweise über Pipelines aus Rußland und Kasachstan beziehen, jedoch auch Flüssiggas aus dem Nahen Osten importieren.